

**V-36** Einmarsch der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig – Rüstungsexporte an die Türkei umgehend stoppen

Antragsteller\*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

- 1 Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch  
2 in die  
3 nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und  
4 Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg  
5 Assads  
6 gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen vom ISIS zur Flucht  
7 in genau  
8 dieses Gebiet gezwungen worden, sie dürfen nicht noch einmal den Horror von Krieg  
9 und  
10 Vertreibung erleben. Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG den  
11 militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert. Doch  
12 sind auch  
13 zivile Opfer zu beklagen. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter  
14 anderem  
15 kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, tritt der Krieg in  
16 Syrien  
17 mit der Invasion in eine erschütternde Gewaltphase ein. Mit dem Einmarsch in  
18 Nordsyrien  
19 gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand. Bündnis 90 / Die Grünen  
20 verurteilen diese Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts sowie als eine  
21 unverantwortliche Gewalteskalation. Das militärische Vorgehen der Türkei in Syrien  
22 wird die  
23 Lage dort dramatisch verschlimmern und das Ausmaß der humanitären Katastrophe  
24 weiter  
25 vergrößern. Bereits jetzt befinden sich laut UN-Angaben mehr als 5.000 Menschen auf  
der  
Flucht vor der türkischen Offensive.
- Der Einmarsch der Türkei ist einerseits innenpolitisch motiviert, er soll von der  
schlechten  
wirtschaftlichen Entwicklung und der tief gespaltenen Gesellschaft ablenken..  
Erdogans  
Außenpolitik der vergangenen Jahre ist krachend gescheitert. Von seinem Ansatz der  
„null  
Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen  
Nachbarn  
geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und einem  
unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung  
im  
Südosten der Türkei hat Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische  
Lösung  
der sogenannten Kurdenfrage anzubieten. Gleichzeitig kritisieren wir auch die Nähe  
der YPG  
zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge

in der  
26 Türkei auch gegen Zivilisten verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den  
27 innertürkischen Konflikt nicht lösen. Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die  
Verbindungen  
28 zwischen der YPG und der PKK rechtfertigen jedoch keinen Einmarsch in Syrien, für die  
Türkei  
29 sind sie aber ein berechtigter Grund zur Sorge.  
30 Andererseits nutzt der türkische Einmarsch vor allem den syrischen und russischen  
31 Kriegsinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und  
32 treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die  
33 bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine  
34 politische Lösung des Syrienkonflikts in weite Ferne.  
35 Der türkische Einmarsch zeigt zudem auch das Scheitern der deutschen und  
europäischen  
36 Türkeipolitik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend  
37 autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik  
geübt.  
38 Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident  
Erdogan  
39 fühlt sich offensichtlich immun genug, um sich eine ganze Reihe innen- und  
außenpolitischer  
40 Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu  
müssen. Die  
41 Bilder von offenkundig deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische  
42 Illustration der fehlgeleiteten deutschen Rüstungsexportpolitik in Krisen- und  
Konfliktländern  
43 der letzten Jahre. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat der Türkei gerade erst die  
44 Modernisierung der Panzer in Aussicht gestellt. Erneut rücken Menschenrechte und  
Demokratie  
45 in den Hintergrund, weil ein lukratives Angebot für Rheinmetall winkt.  
46 Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur  
Fassade,  
47 solange Deniz Yücel und andere politische Geiseln unschuldig in Haft sitzen. Deniz  
Yücel  
48 verdient unseren größten Respekt dafür, dass er in seinem letzten Interview deutlich  
gemacht  
49 hat, nicht durch schmutzige Deals mit der Türkei freikommen zu wollen. Es muss der  
deutschen  
50 und europäischen Außenpolitik gelingen, gegenüber der Türkei aus dem Teufelskreis  
aus  
51 Abhängigkeit und Eskalation auszubrechen.  
52 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und  
deren mögliche  
53 Deeskalation diskutiert und sind nicht den leichten Weg vieler anderer gegangen,  
einfache  
54 Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Wir haben uns für umfassende zivile und  
55 politische Lösungen stark gemacht. Die kann es aber nur geben, wenn die

internationale

56 Gemeinschaft ihren politischen Willen dazu deutlich erhöht.[\[1\]](#)

57 Wir kritisieren den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-  
58 Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht.

59 Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnen wir  
ausdrücklich ab. Wir

60 appellieren, die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien mit Argumenten  
und

61 friedlich zu führen. Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland

62 verurteilen wir.

63 Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

64 • Die Bundesregierung muss sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs  
in  
65 Nordsyrien einsetzen.

66 • Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und  
67 Menschenrechte in der Türkei und in der Region zeigen. Das politische Handeln  
muss  
68 konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in  
der Türkei  
69 ausgerichtet werden.

70 • Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt  
werden, bis die  
71 Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die  
von  
72 der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die  
offenkundig  
73 in der gegenwärtigen türkischen Militäroffensive eingesetzt werden. Ebenso  
gehören  
74 Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie  
jüngst im  
75 Fall des Rheinmetallvorhabens zur Unterstützung des Aufbaus einer Panzerfabrik  
in der  
76 Türkei öffentlich wurden, ausnahmslos beendet. Die Gesetzeslücke, die solche  
Pläne  
77 ermöglicht, muss dringend geschlossen werden.

78 • Es braucht eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei Türkei und  
Vertreterinnen  
79 und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region, um Druck für eine  
politische  
80 Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Für die Zukunft der Region kann es nur  
eine  
81 friedliche und politische Lösung geben.

82 • Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung,  
sondern  
83 Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der

Türkei

84 erpressbar gemacht. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Zugleich sollte  
85 damit die  
86 europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht  
87 abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste  
88 Priorität haben.

87 Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.

88 • Die Bundesregierung muss den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die  
89 AKP-  
90 Regierung erhöhen, damit Deniz Yücel und alle anderen politischen Gefangenen  
91 endlich  
92 ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei  
93 kommen.

91 • Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die  
92 Türkei  
93 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt  
94 auch  
95 für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen.  
96 Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche,  
97 pro-  
98 demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt  
99 aber  
100 komplett abubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und  
101 demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und  
102 weltoffene  
103 Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

99 [\[1\]](#) 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition  
100 unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft  
101 Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden:  
102 „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht  
103 verschließen“  
104 sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement  
105 in der Welt  
106 brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den  
107 Menschen in  
108 Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen  
109 angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und  
110 Solidarität  
111 gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der  
112 Türkei“; 2016 in Münster [Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten](#)  
113 –  
114 [politische Lösung voran bringen.](#)

## **weitere Antragsteller\*innen**

Cem Özdemir (Stuttgart KV); Berivan Aymaz (Köln KV); Agnieszka Brugger (Ravensburg KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Anna Cavazzini (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Michael Hack (Wetterau KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Laura Brehme (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Sara Nanni (Münster KV); Philipp Gärtner (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Jürgen Trittin (Göttingen KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Pegah Edalatian-Schahriari (Düsseldorf KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Katharina Dröge (Köln KV); Norbert Czerwinski (Düsseldorf KV); Volker Beck (Köln KV); Firat Yakşan (Köln KV); Julian Carl Schreck (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Robert Wendt (Rhein-Sieg KV)